

Christian Armbrüster

# Das Alles-oder-nichts-Prinzip im Privatversicherungsrecht

– zugleich ein Beitrag zur Reform des VVG –

## **Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2003 Verlag Versicherungswirtschaft GmbH Karlsruhe

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urhebergesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags Versicherungswirtschaft GmbH, Karlsruhe. Jegliche unzulässige Nutzung des Werkes berechtigt den Verlag Versicherungswirtschaft GmbH zum Schadenersatz gegen den oder die jeweiligen Nutzer.

Bei jeder autorisierten Nutzung des Werkes ist die folgende Quellenangabe an branchenüblicher Stelle vorzunehmen:

© 2003 Verlag Versicherungswirtschaft GmbH

Jegliche Nutzung ohne die Quellenangabe in der vorstehenden Form berechtigt den Verlag Versicherungswirtschaft GmbH zum Schadenersatz gegen den oder die jeweiligen Nutzer.

Satz Medienwerkstatt Kühn & Lang Karlsruhe  
Druck Druckerei Grässer Karlsruhe

ISSN 0947-6067

# Vorwort

Das sog. „Alles-oder-nichts-Prinzip“ ist mit Recht zum zentralen Bezugspunkt der aktuellen VVG-Reformdiskussion geworden. Dabei geht es um die wichtige Frage, welche Folgen ein vertragswidriges Verhalten des Versicherungsnehmers, also insbesondere die Verletzung von Obliegenheiten oder etwa die Herbeiführung des Versicherungsfalls, haben soll. Derzeit sieht das Gesetz bekanntlich vielfach noch eine rigorose Alternative zwischen ungeschmälerter Leistung bei Schuldlosigkeit („alles“) und völliger Leistungsfreiheit schon bei leichtem Verschulden des Versicherungsnehmers („nichts“) vor. Stieß dieses Prinzip wegen seiner Härte eigentlich seit jeher auf Bedenken, so wurden diese Bedenken im Rahmen der aktuellen Reformdiskussion zunehmend deutlicher artikuliert. Auch die VVG-Reformkommission hat in ihrem Zwischenbericht einen Vorschlag zu seiner Relativierung und Milderung erarbeitet.

In seiner Arbeit knüpft der Verfasser an den aktuellen Diskussionsstand insofern an, als er die Leistungsfreiheit als prinzipiell unverzichtbare Sanktion bewertet, die indessen grundsätzlich nicht bei leichter Fahrlässigkeit, wohl aber bei Vorsatz eintreten soll. Danach geht es, und so auch im Kern der vorgelegten Arbeit, vor allem um sinnvolle Differenzierungen im problematischen „Mittelfeld“ der groben Fahrlässigkeit, für die der Verfasser die Kausalität als maßgeblichen und praktikablen Anknüpfungspunkt vorschlägt und damit zugleich den bisher unterbreiteten Vorstellungen über eine (inpraktikable) Differenzierung nach weiteren Verschuldensstufen innerhalb der groben Fahrlässigkeit entschieden und überzeugend entgegentritt. Mit seiner unter knapper Aufbereitung des vorhandenen umfangreichen Materials sorgfältig erarbeiteten These leistet der Verfasser einen interessanten und wichtigen Beitrag zur WG-Reformdiskussion.

Hamburg, im September 2003

Der Beirat  
Hamburger Gesellschaft zur Förderung  
des Versicherungswesens mbH

# Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	1
I. Die Problematik	1
II. Ziel und Gang der Untersuchung	2
B. Derzeitige Rechtslage	4
I. Verletzung vertraglich vereinbarter Obliegenheiten (§ 6 VVG)	4
1. Vor Eintritt des Versicherungsfalls zu erfüllende Obliegenheiten	4
a) Gefahrbezogene Obliegenheiten (§ 6 Abs. 2 VVG)	4
b) Sonstige Obliegenheiten	5
2. Nach Eintritt des Versicherungsfalls zu erfüllende Obliegenheiten (§ 6 Abs. 3 VVG)	5
II. Verletzung der vorvertraglichen Anzeigepflicht (§§16-22 VVG)	7
III. Gefahrerhöhung (§§ 23-25 VVG)	7
IV. Verspätete Zahlung von Prämien (§§ 38, 39 VVG)	7
V. Schuldhafte Herbeiführung des Versicherungsfalls (§ 61 VVG)	8
VI. Verletzung der Rettungsobliegenheit (§62 Abs. 2 VVG)	9
VII. Unterlassung rechtzeitiger Veräußerungsanzeige (§ 71 VVG)	9
C. Meinungsstand im Schrifttum	10
I. Argumente für das Alles-oder-nichts-Prinzip	10
1. Berechtigte Belange des Versicherers	10
2. Berechtigte Belange der Gefahrgemeinschaft	11
3. Gesamtwirtschaftliche Belange	11
4. Praktikabilität und Rechtssicherheit	11
5. Streitvermeidung	12
6. Angemessenheit der Ergebnisse	12
II. Argumente gegen das Alles-oder-nichts-Prinzip	12
1. Verfassungsrechtliche Bedenken	12
a) Doppelbestrafung	13
b) Verstoß gegen das Übermaßverbot	13
c) Verstoß gegen das Sozialstaatsgebot	13
2. Unangemessene Härte	13
3. Pönales Element als Fremdkörper im Privatrecht	14
4. Bedürfnis nach flexiblen Lösungsmöglichkeiten	15
5. Schutz des Vertrauens in die Rechtsprechung	15
6. Stärkung des Vertrauens in die Leistungsbereitschaft der Versicherer	15
7. Tendenz anderer europäischer Versicherungsvertragsrechte	15

III.	Relativierungen	16
	1. Meinungsstand zu den Relativierungen des Alles-oder-nichts-Prinzips in der Rechtsprechung	16
	2. Angemessenheitsprüfung de lege lata	17
IV.	Exkurs: Die Diskussion im Haftungs- und Schadensrecht	17
	1. Haftungsrecht	18
	a) Grundsatz: Einheitlicher Verschuldensmaßstab	18
	b) Abstufungen	18
	2. Schadensrecht	19
	a) Die Bestimmung des „alles“	19
	aa) Differenzhypothese	19
	bb) Ausdehnungen (Kommerzialisierung; Frustration)	20
	b) Abstufungen	20
	aa) Quotelung gem. § 254 BGB	20
	bb) Rahmenrechte	21
	3. Reformvorschläge	22
	a) Einschränkung der Ersatzpflicht bei ungewöhnlich hohen Schäden	22
	b) Sozialisierung von Schäden durch Versicherungsschutz	23
	c) Gescheiterte Reformprojekte	24
	4. Fazit	25
D.	Reformvorschläge	26
I.	Schrifttum	26
	1. Einbeziehung grober Fahrlässigkeit in den Versicherungsschutz	26
	2. Richterliche Angemessenheitskontrolle nach dem Modell von § 315 oder § 343 BGB	26
	3. Vertragsstrafe	27
	4. Prämienproportionale Kürzung der Leistung	27
	5. Leistungsfreiheit nur im Ausmaß der Nachteile	27
	6. Schadensersatzanspruch	27
	7. Abstufung nach der Schwere des Verschuldens	28
	a) Abstufung im Bereich vorsätzlichen Handelns	28
	b) Abstufung im Bereich grober Fahrlässigkeit	28
	c) Abstufung in beiden Bereichen	29
	8. Abstufung nach den Umständen des Einzelfalls	29
II.	Zwischenbericht der VVG-Reformkommission vom 30. Mai 2002	29
	1. Übergreifende Grundsätze	29
	2. Folgerungen für die einzelnen Obliegenheitsverletzungen	30
	a) Verletzung vertraglicher Obliegenheiten (§ 6 VVG)	30
	b) Verletzung der vorvertraglichen Anzeigepflicht (§§ 16-22 VVG)	31
	c) Gefahrerhöhung (§§ 23-25 VVG)	32
	d) Verspätete Zahlung von Prämien (§§38, 39 VVG)	32

e)	Schuldhaftes Herbeiführen des Versicherungsfalls (§ 61 VVG)	33
f)	Unterlassung rechtzeitiger Veräußerungsanzeige (§ 71 VVG)	33
E.	Stellungnahme	35
I.	Grobe Fahrlässigkeit als Mindestvoraussetzung einer (teilweisen oder völligen) Leistungsfreiheit	35
1.	Keine Ausdehnung auf einfache Fahrlässigkeit	35
a)	Grundregeln	35
b)	Ausnahme: Verschuldenserfordernis bei Nichtzahlung der Erstprämie	38
2.	Keine Einschränkung auf Vorsatz	39
II.	Verschuldensabhängige Quotelung im Bereich grober Fahrlässigkeit	39
1.	Vorteile	39
a)	Flexibilität	39
b)	Abkehr von Pönalisierung	40
c)	Erleichterung späterer europäischer Harmonisierung	41
aa)	Rechtsvergleichender Überblick	41
bb)	Folgerungen	42
2.	Nachteile	43
a)	Abschwächung der Präventionswirkung	43
b)	Verletzung des Interesses an bedarfsgerechter Prämienkalkulation	44
c)	Faktische Wirkung als Selbstbehalt	44
d)	Mangelnde Praktikabilität	45
aa)	Gründe	45
bb)	Vergleichsfälle	46
(1)	Bemessung von Schmerzensgeld	46
(2)	Herabsetzung einer Vertragsstrafe	47
(3)	Anspruchskürzung wegen Mitverschuldens	47
(4)	Bemessung der Entschädigung wegen Persönlichkeitsverletzung	48
cc)	Bisherige Regulierungspraxis der Versicherer	48
dd)	Die Parallelregelung in Art. 14 Abs. 2 des schweizerischen VVG	49
(1)	Diskussion im schweizerischen Gesetzgebungsverfahren	49
(2)	Schrifttum	50
(3)	Rechtsprechung	51
(4)	Abweichende Vertragsgestaltung	52
ee)	Fazit	53
3.	Einbeziehung weiterer Kriterien in die Quotelung	53
a)	Bedeutung der verletzten Obliegenheit	54
b)	Grad der Ursächlichkeit	54

c)	Höhe des eingetretenen Schadens	55
d)	Bisheriger Verlauf des Versicherungsverhältnisses	56
e)	Verhalten des Versicherungsnehmers nach Eintritt des Versicherungsfalls	57
f)	Wirtschaftliche Verhältnisse des Versicherungsnehmers	57
aa)	Diskussion in der Schweiz	57
bb)	Diskussion in Deutschland	57
cc)	Stellungnahme	58
4.	Zwischenergebnis	59
III.	Alternativen zur Quotelung	60
1.	Vertragsstrafe	60
2.	Schadensersatzanspruch	61
3.	Fixe Kürzung des Leistungsanspruchs	62
4.	Prämienproportionale Kürzung des Leistungsanspruchs	63
a)	Inhalt	63
b)	Einwände	63
aa)	Berechnungsprobleme	63
bb)	Gebot bedarfsgerechten Versicherungsschutzes	63
IV.	Eigener Lösungsvorschlag	64
1.	Kausalitätserfordernis auch für den Umfang der Leistungsfreiheit	64
a)	Grundsatz	64
b)	Anwendung auf die Fallgruppen	66
aa)	Verletzung vertraglicher Obliegenheiten (§ 6 VVG)	66
bb)	Verletzung der vorvertraglichen Anzeigepflicht (§§ 16-22 VVG)	68
cc)	Gefahrerhöhung (§§ 23-25 VVG)	68
dd)	Verspätete Zahlung von Prämien (§§ 38, 39 VVG)	68
ee)	Schuldhaftes Herbeiführen des Versicherungsfalls (§ 61 VVG)	68
ff)	Verletzung der Rettungsobliegenheit (§ 62 Abs. 2 VVG)	69
gg)	Unterlassung rechtzeitiger Veräußerungsanzeige (§ 71 VVG)	69
2.	Strenge Anforderungen an grobe Fahrlässigkeit	70
a)	Grundregeln	70
b)	Anwendungsbeispiele	71
aa)	Rotlichtverstoß in der Kfz-Kaskoversicherung	71
bb)	Verlassen der Wohnung in der Hausratversicherung	72
3.	Fazit	72
V.	Folgerungen für vorsätzliche Vertragsverletzungen	73
1.	Kausalitätsabhängige Leistungsfreiheit bei fehlendem Benachteiligungsvorsatz	73
2.	Volle Leistungsfreiheit bei Benachteiligungsvorsatz	74

VI. Verteilung der Beweislast	76
1. Beweislast für Kausalität	76
2. Beweislast für Verschulden	76
a) Obliegenheitsverletzungen	76
b) Herbeiführung des Versicherungsfalls	77
VII. Belehrungserfordernis	77
VIII. Folgerungen für die Vertragsgestaltung	78
F. Ausblick	79
I. Rechtssicherheit und richterliche Wertungsspielräume	79
I. Konvergenz der europäischen Regelungen	80
1. Harmonisierung des Versicherungsvertragsrechts in Europa	80
2. Das Konzept der Leistungsfreiheit nach deutschem Recht im Wettbewerb der Rechtsordnungen	81
G. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	82
I. System	82
II. Einzelthesen	82
1. Grundlagen	82
2. Abstufungen der Leistungsfreiheit	82
3. Beweislast	83
Literaturverzeichnis	85